

Antrag auf Gewährung einer Zuwendung

gemäß VwV Brachflächenrevitalisierung vom 10.02.2009 in der Fassung vom 01.03.2012

Antragsdatum *

1. Antragstellerin

Gemeinde:

Name *	Kennziffer *	Fläche (in ha) *	Einwohnerzahl *
Landkreis *			
Straße *			Nr. *
Postleitzahl * Ort *			

Bankverbindung:

Name und Ort der Bank *	IBAN: *	BIC: *
-------------------------	---------	--------

Ansprechpartner:

Name *	
Telefon *	E-Mail *

Angabe zur Zentralörtlichkeit:

ggf. Erläuterung zur Grundlage der Zuordnung	Grundzentrum	Mittelzentrum	Oberzentrum
--	--------------	---------------	-------------

Anzahl der Brachen in der Gemeinde *	Gesamtfläche der Brachen in der Gemeinde (in ha) *
--------------------------------------	--

2. Maßnahmeträger

Gemeinde gemäß Nr. 1 * Dritter

Sofern die Zuwendung an einen Dritten weitergeleitet wird, bitte Name, Anschrift und Rechtsform angeben!

3. geplante Maßnahme *

Kurzbezeichnung der Maßnahme (ausführliche Beschreibung s. Nr. 8)

8. Beschreibung der Maßnahme *

(ggf. als Anlage beifügen)

Darstellung des vorhandenen Gebäudebestandes; Erläuterung der geplanten Abbruch- und sonstigen Maßnahmen einschließlich der enthaltenen Gestaltung der Fläche, die Gegenstand des Antrages sind; Benennung der ggf. verbleibenden baulichen Anlagen

bzw. ausfüllen!

Alle Felder mit einem * sind unbedingt auszufüllen. Zutreffendes bitte ankreuzen

Stand: 13.12.2012

9. Darstellung der Bedeutung der Maßnahme für die Gemeinde *

Stellen Sie bitte insbesondere die Nachhaltigkeit der Maßnahme dar und gehen Sie auf die Erreichung der Zielstellung der VwV Brachflächenrevitalisierung Abschnitt I Nr. 2 und die Übereinstimmung mit gemeindlichen Entwicklungskonzepten und sonstigen Planungen ein.

9.1 Wirtschaftliche Entwicklung

9.2 Städtebauliche Entwicklung

9.3 Verbesserung der Umweltsituation

bzw. ausfüllen!

Alle Felder mit einem * sind unbedingt auszufüllen. Zutreffendes bitte ankreuzen

Stand: 13.12.2012

10. Ablaufplan *

Abschluss Kaufvertrag (sofern Maßnahmeträger noch nicht Eigentümer)

Abbruch-/Baugenehmigung

Zeitpunkt der Ausschreibung

Eröffnungstermin

Zuschlagserteilung

Beginn der Maßnahme

Ende der Maßnahme

Einreichung Verwendungsnachweis
(spätestens 6 Monate nach Beendigung der Maßnahme)

11. Weitere Angaben zur Maßnahme

11.1 Lage der Brache

Straße, Hausnummer *

Beschreibung der Lage innerhalb der Gemeinde *

Die Brache liegt in folgendem/folgenden Programmgebiet/en? *

SEP	SOP	SDP	SSP	KSP	Stadtumbau, Teil Aufwertung	keinem der Gebiete
					Stadtumbau, Teil Rückbau	

11.2 Angaben zu den betreffenden Flurstücken*

fld.-Nr.	Gemarkung	Flst.-Nr.	Eigentümer	Fläche (in ha)
----------	-----------	-----------	------------	----------------

Gesamtgröße der Brache: _____

11.3 Vornutzung

Jahr der Erschließung und Bebauung der Flurstücke *

Art der Vornutzung (überwiegend) *

Kurze Erläuterung der Vornutzung *

industriell	gewerblich	sozial
verkehrstechnisch	militärisch	sonstige
landwirtschaftlich		

Jahr der Nutzungsaufgabe *

Grund der Nutzungsaufgabe *

Kurze Erläuterung der Nutzungsaufgabe *

struktureller Wandel	militärische Abrüstung
Umgestaltung von Gemeindegebieten	

zu 11. Weitere Angaben zur Maßnahme

11.4 Nachnutzung

Ist innerhalb von 10 Jahren nach Beendigung der Maßnahme eine bauliche Nutzung der betroffenen Grundstücke geplant? *

Ja Nein

Angabe der geplanten Nachnutzung (auch wenn keine bauliche Nutzung erfolgen soll)

11.5 Erzielung von Einnahmen

Werden durch die Umsetzung der geplanten Maßnahme Einnahmen erzielt? * Ja Nein

Falls Ja:

einmalige Einnahmen aus dem Verkauf einer Fläche / Teilfläche €

laufende Einnahmen aus Vermietung / Verpachtung der Fläche €/ Jahr

sonstige Einnahmen €

€/ Jahr

Erläuterung (z.B. Zeitpunkt der Einnahmeerzielung)

11.6 Grunderwerb (Angabe nur erforderlich, sofern der Grunderwerb durch die Gemeinde Gegenstand der Förderung sein soll)

Begründung der Notwendigkeit des Grunderwerbs

11.7 Bereits gewährte Zuwendungen

Wurden für die Grundstücke (für aufstehende Gebäude, Außenanlagen o.ä.) in der Vergangenheit bereits Zuwendungen aus öffentlichen Mitteln gewährt?

Ja Nein

Falls ja: Besteht die Zweckbindungsfrist noch? Ja Nein (Sofern noch eine Zweckbindungsfrist besteht, ist bitte die Zustimmung der entsprechenden Bewilligungsstelle zur geplanten Abbruchmaßnahme vorzulegen)

12. Angaben zu den baurechtlichen und umweltrelevanten Voraussetzungen *

12.1 Bauplanungsrechtlich dargestellte bzw. festgesetzte Nutzung der Fläche lt. Flächennutzungsplan bzw. Bebauungsplan

12.2 Ist hinsichtlich der Beseitigung der Brache bereits eine bauordnungsrechtliche Verfügung ergangen?

Ja Nein

Falls ja, bitte Erläuterung

12.3 Berührt das Vorhaben Belange des Denkmalschutzes?

Ja Nein

Falls ja, bitte Erläuterung

12.4 Berührt das Vorhaben Belange des Hochwasserschutzes?

Ja Nein

Falls ja, bitte Erläuterung

12.5 Sind die betroffenen Grundstücke im Sächsischen Altlastenkataster als Verdachtsfläche erfasst?

Ja Nein

Falls ja, bitte Salka-Nr. angeben

Ist der Eigentümer der betroffenen Grundstücke mit einem Bescheid aus dem Altlastenfreistellungsverfahren gemäß Umweltrahmengesetz vom 29.06.1990 freigestellt?

Ja Nein

Falls ja, bitte Erläuterung sowie Angabe des Aktenzeichens

12.6 Berührt das Vorhaben Belange des Naturschutzes?

Ja Nein

Falls ja - bitte Schutzgebiet nach Naturschutzrecht bzw. spezielle Artenvorkommen angeben

13. Checkliste Anlagen

Bitte fügen Sie diesem Antrag folgende nummerierten Anlagen bei:

1. Lageplan mit Einordnung der Fläche in das Gemeindegebiet
2. Lageplan mit grundstücksgenauer Darstellung der Fläche und Flurstücksnummer
3. Lageplan mit Darstellung der abzubrechenden Gebäude
4. Grundbuchauszug (oder Gleichwertiges) -maximal ein Jahr alt - für alle betroffenen Grundstücke
5. Beschluss des zuständigen Gremiums der Gemeinde zur Maßnahmedurchführung
6. Stellungnahme der Umweltbehörde zu: Altlastensituation / Hochwasserschutz / Naturschutz
7. detaillierte Kostenaufstellung (gemäß Nr. 4 dieses Antrages)
8. aussagekräftige Farbfotos in Papierform u n d digitaler Form (vorzugsweise auf CD-ROM)
9. bei Grunderwerb / geplanter Veräußerung: Verkehrswertgutachten mit Anfangs- und Endwert
10. gemeindegewirtschaftliche Stellungnahme (GWS)
11. bei geplanter finanzieller Beteiligung durch einen Dritten: Nachweis der Bereitstellung der Mittel des Dritten
12. Sofern noch eine Zweckbindungsfrist besteht: Zustimmung der entsprechenden Bewilligungsstelle zur geplanten Abbruchmaßnahme
13. bei Weiterleitung an einen Dritten:
 - Benennung des Ansprechpartners,
 - Angaben zur Prüfung der Zuverlässigkeit und Leistungsfähigkeit des Dritten durch die Gemeinde einschließlich der Benennung der geprüften Unterlagen,
 - sofern zutreffend: Bestätigung des Finanzamtes, dass der Maßnahmeträger für das Vorhaben nicht vorsteuerabzugsberechtigt ist,
 - de-minimis-Erklärung (sofern Dritter ein Unternehmen),
 - geplante Form der Weiterleitung
14. Negativattest für Förderrichtlinie Integrierte Ländliche Entwicklung (RL ILE/2011)

14. Hinweise

1. **Der Antrag sowie alle Anlagen sind bitte in z w e i f a c h e r Ausfertigung, dieses Antragsformular sowie die Fotos zusätzlich in digitaler Form (vorzugsweise auf CD-ROM) einzureichen.**
2. Die Daten von Antragstellern auf Fördermittel werden gemäß § 4 Abs. 1 des Gesetzes über Fördermitteldatenbanken im Freistaat Sachsen (SächsFöDaG) vom 10. Juni 1999 (SächsGVBl. S. 273), in der jeweils geltenden Fassung, in einer landeseinheitlichen Fördermitteldatenbank zum Zwecke der laufenden Analyse der Förderpraxis, der Ausübung der Rechts- und Fachaufsicht und der Vermeidung rechtswidriger Förderung verarbeitet.
3. Bei der Zuwendung handelt es sich um eine Subvention, auf die das Subventionsgesetz und der § 264 Strafgesetzbuch Anwendung finden. Sämtliche Angaben im Antrag sowie in den dazu vorgelegten Unterlagen sowie alle anderen Tatsachen, von denen die Bewilligung, Gewährung, Rückforderung, Weitergewährung oder das Belassen der Subvention abhängig sind, sind subventionserhebliche Tatsachen im Sinne von § 264 Strafgesetzbuch.
4. Nach Bewilligung der Zuwendung ist der Zuwendungsempfänger zur Erfassung von Indikatoren zur Evaluierung des Programms verpflichtet.

15. Erklärungen *

Die Antragstellerin erklärt, dass:

- a) das Vorhaben mit den Zielen der Raumordnung und Landesplanung vereinbar ist,
- b) das Vorhaben noch nicht begonnen wurde und dass es auch nicht vor der Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides bzw. vor einer etwaigen Genehmigung des vorzeitigen Vorhabenbeginns realisiert wird,
- c) der Maßnahmeträger für dieses Vorhaben zum Vorsteuerabzug berechtigt nicht berechtigt ist.
- d) die Hinweise unter Nr. 14 zur Kenntnis genommen wurden.

rechtsverbindliche Unterschrift



Dienstsiegel

Vor-u.Nachname *

Amts-/Funktionsbezeichnung *